

## **Gemeinsame Erklärung der Staatschefs Zentralasiens und des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland**

Am 29. September 2023 begrüßte Bundeskanzler Olaf Scholz in Berlin den Präsidenten der Republik Kasachstan, Herrn Kassym-Schomart Tokajew, den Präsidenten der Kirgisischen Republik, Herrn Sadyr Dschaparow, den Präsidenten der Republik Tadschikistan, Herrn Emomalij Rahmon, den Vorsitzenden des Volksrates von Turkmenistan, Herrn Gurbanguly Berdimuhamedow und den Präsidenten der Republik Usbekistan, Herrn Shawkat Mirsijojew, zum ersten Treffen der Staatschefs Zentralasiens mit dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Olaf Scholz.

Im Rahmen eines offenen und konstruktiven Meinungsaustausches würdigten die Staats- und Regierungschefs die Entwicklung der Beziehungen zwischen den zentralasiatischen Staaten und Deutschland in den seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vergangenen drei Jahrzehnten.

Sie unterstrichen die vielfältige und facettenreiche bilaterale Zusammenarbeit ebenso wie die deutsch-zentralasiatische Kooperation im Rahmen der Europäischen Union (EU) sowie multilateraler Formate. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten ihre Entschlossenheit, die Partnerschaft zwischen Deutschland und den zentralasiatischen Staaten auf der Grundlage gemeinsamer Werte sowie gegenseitigen Respekts und beiderseitiger Interessen weiter zu stärken und den Dialog auf hoher Ebene fortzuführen.

Der Bundeskanzler brachte seine Unterstützung für die Bemühungen der zentralasiatischen Staaten zum Ausdruck, die regionale Zusammenarbeit mit dem Ziel weiterzuentwickeln, Wohlstand, Frieden, Sicherheit und Stabilität, nachhaltige Entwicklung sowie gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen den Staaten in der Region sicherzustellen.

Der Bundeskanzler würdigte die Ergebnisse des Fünften Konsultativtreffens der Staatschefs der zentralasiatischen Staaten, das am 14. September in Duschanbe stattgefunden hat, und begrüßte das nächste in Kasachstan geplante Treffen.

Die Staats- und Regierungschefs begrüßten die Intensivierung der Beziehungen zwischen den zentralasiatischen Staaten und der EU. Sie unterstrichen die Bedeutung der Strategie der EU für Zentralasien mit ihren Schwerpunkten Resilienz, Wohlstand und regionale Zusammenarbeit.

Die Staats- und Regierungschefs betonten die Bedeutung der Bekämpfung des illegalen Handels mit Drogen und ihren Vorläuferstoffen und werden die Möglichkeit der Vertiefung ihrer Zusammenarbeit in diesen Bereichen prüfen.

Die Staats- und Regierungschefs äußerten sich positiv über gemeinsame Aktivitäten und Projekte in multilateralen Foren, insbesondere der Vereinten Nationen (VN) und ihrer Sonderorganisationen. Ferner begrüßten sie das Engagement der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der Region und verwiesen darauf, dass Deutschland regionale Projekte in allen drei Dimensionen der OSZE finanziert, insbesondere in den Bereichen Grenzmanagement, Prävention des gewalttätigen Extremismus, Klima und Sicherheit sowie Teilhabe von Frauen.

Die Staats- und Regierungschefs bekräftigen ihre Entschlossenheit, unter uneingeschränkter Achtung des Völkerrechts für Frieden, Sicherheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und nachhaltige Entwicklung zusammenzuarbeiten. Die Staats- und Regierungschefs brachten zum Ausdruck, dass sie weiterhin für die Einhaltung der VN-Charta eintreten, insbesondere für die Grundsätze der Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Unversehrtheit aller Staaten, des Verbots der Androhung oder Anwendung von Gewalt und der friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten.

Die Staats- und Regierungschefs unterstrichen, dass eine friedliche Konfliktbeilegung, Anstrengungen zur Krisenbewältigung, Diplomatie und konstruktiver Dialog von grundlegender Bedeutung sind.

Hinsichtlich jeglicher Konflikte brachten die Staats- und Regierungschefs zum Ausdruck, dass sie für einen gerechten und dauerhaften Frieden auf der Grundlage der Achtung des Völkerrechts, der in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätze, der territorialen Unversehrtheit und Souveränität sowie der Menschenrechte und Grundfreiheiten eintreten.

Die Staats- und Regierungschefs betonten die wichtige Rolle, die kernwaffenfreien Zonen als besonderen regionalen Mechanismen der Vertrauensbildung zwischen Nachbarstaaten, der Förderung des Friedens und der Zusammenarbeit sowie der Stärkung der weltweiten nuklearen Abrüstung und der Nichtverbreitungsarchitektur im Rahmen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zukommt. In diesem Zusammenhang erinnerten die Staats- und Regierungschefs an die Schaffung der kernwaffenfreien Zone in Zentralasien im Jahr 2006, der ersten kernwaffenfreien Zone in der nördlichen Hemisphäre.

Die Staats- und Regierungschefs unterstützen Anstrengungen zur Wiederherstellung der souveränen Gleichheit der IAEO-Mitgliedstaaten sowie die Integration von Staaten in die Regionalgruppen der IAEO.

Zur Halbzeit der Umsetzung der Agenda 2030 bekräftigten die Staats- und Regierungschefs ihr gemeinsames Bekenntnis zum Einsatz für die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung. In diesem Zusammenhang unterstrichen sie die Bedeutung fortgesetzter Zusammenarbeit zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, verantwortungsvoller Regierungsführung, der Gleichberechtigung der Geschlechter sowie der universellen Menschenrechte und Grundfreiheiten, wie sie im Rahmen der Strategie der EU für Zentralasien von 2019 dargelegt wurde.

Die Staats- und Regierungschefs betonten, wie wichtig ein enger Austausch über die Sanktionsregelungen, einschließlich des Dialogs mit der EU, und weitere Bemühungen zur Unterbindung von Sanktionsumgehungen sind.

Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten ihr entschiedenes Bekenntnis zur Entwicklung Afghanistans zu einem sicheren, friedlichen, stabilen und wirtschaftlich erfolgreichen Land, in dem die Menschenrechte und Grundfreiheiten aller Bürgerinnen und Bürger Afghanistans, insbesondere von Frauen, Mädchen und ethnischen Minderheiten, geachtet werden. Sie würdigten die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, der Bevölkerung Afghanistans in prinzipientreuer Weise und im Einklang mit dem Völkerrecht sowie mit weltweit anerkannten Normen und Grundsätzen humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Die Staats- und Regierungschefs hoben die Bedeutung der verschiedenen Projekte und speziellen Bildungsprogramme unter gemeinsamer Leitung von EU und VN-Entwicklungsprogramm in der Region hervor und betonten, wie wichtig die finanzielle Unterstützung dieser Programme durch Geberstaaten und -organisationen ist.

Sie unterstrichen die Bedeutung einer integrativen und repräsentativen Regierung, an der alle ethnischen, konfessionellen und politischen Gruppierungen aktiv teilhaben, der Achtung und des Schutzes der fundamentalen Menschenrechte und Grundfreiheiten aller Bürgerinnen und Bürger Afghanistans sowie der Sanierung der Wirtschaft für die Schaffung eines dauerhaften Friedens in Afghanistan.

Die Staatschefs der zentralasiatischen Staaten legten dar, wie sie den Prozess der sozioökonomischen und politischen Reformanstrengungen in ihren Ländern sehen. Der Bundeskanzler informierte über bereits laufende und eingeleitete Reformen in Deutschland zur Anpassung an die neuen geopolitischen Gegebenheiten, mit besonderem Schwerpunkt auf den Bereichen Verteidigung, Energie und Energiesicherheit sowie Migration. Der Bundeskanzler bekräftigte Deutschlands Bereitschaft, die Reformen in Zentralasien durch den Aufbau von institutionellen Kapazitäten, den Austausch von Fachkräften und durch Projekte zu unterstützen.

Die Staats- und Regierungschefs bestätigten ihr Interesse daran, die Zusammenarbeit bei der Förderung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Bekämpfung des Menschenhandels sowie bei der fortgesetzten Unterstützung der Zivilgesellschaft weiter auszubauen. Die Staats- und Regierungschefs wiesen auf die Bedeutung von Frauenrechten und unabhängigen Medien hin.

Die Staats- und Regierungschefs unterstrichen die Bedeutung der Weiterentwicklung der bilateralen Handels- und Investitionszusammenarbeit zwischen Deutschland und den zentralasiatischen Staaten. Sie kamen überein, solche Aktivitäten, wo angemessen und anwendbar, durch staatliche Instrumente wie Exportkredite und Investitions Garantien zu fördern, sofern die Bedingungen hierfür erfüllt sind. Die Staats- und Regierungschefs unterstrichen, wie wichtig es ist, ein günstiges wirtschaftliches Umfeld zu schaffen, wobei der Rechtsstaatlichkeit, den Menschenrechten, den Eigentumsrechten und einer unabhängigen Justiz besondere Bedeutung zukommt. Die Staats- und Regierungschefs begrüßten den vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft in Berlin veranstalteten Business Roundtable, der parallel zum Treffen der Staats- und Regierungschefs stattfand, und stimmten darin überein, dass ein stärkerer Austausch von Wirtschaftsvertretern und -delegationen neue Chancen für die Volkswirtschaften schafft und dazu beiträgt, für beide Seiten nutzbringende Wirtschaftsbeziehungen zu fördern.

Im Hinblick auf die Weiterentwicklung des konstruktiven Dialogs und die Förderung von Investitionen begrüßten die Staats- und Regierungschefs, dass ihre jeweilige Unternehmerschaft offizielle Besuche und gemeinsame Veranstaltungen organisiert und so die Beziehungen weiterentwickelt sowie aktive Unternehmen unterstützt und gemeinsame Projekte durchführt. Dazu zählt auch die weitere Zusammenarbeit im Bereich Tourismus und Tourismusentwicklung.

Die Staats- und Regierungschefs stimmten darin überein, dass die Konnektivität zwischen der EU und Zentralasien einschließlich des „Mittleren Korridors“, von anhaltender Bedeutung ist. Die Staats- und Regierungschefs unterstrichen ihr Ziel, die Energiesicherheit zu stärken und alternative Energieversorgungsrouten zu schaffen, sich für die nachhaltige und sichere Digitalisierung sowie die digitale Souveränität einzusetzen, die Transport- und Transitwege zu verbessern und in Richtung einer grünen, nachhaltigen sowie klima- und umweltfreundlichen Wirtschaft, Landwirtschaft, Energieversorgung und eines ebensolchen elektronischen Geschäftsverkehrs voranzuschreiten. In diesem Zusammenhang unterstrichen und begrüßten die Staats- und Regierungschefs die EU-Strategie Global Gateway sowie die Team Europa-Initiativen zu Wasser, Energie und Klimawandel und zu digitaler Konnektivität und sehen deren beschleunigter Umsetzung erwartungsvoll entgegen. Der Bundeskanzler unterstrich Deutschlands Engagement bei der Unterstützung dieser Initiativen durch staatliche wie auch durch EU-Beiträge.

Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten ihr Interesse an einer Weiterentwicklung des „Mittleren Korridors“ und der Erschließung von Finanzierungsquellen für Infrastrukturprojekte im Rahmen der Global Gateway-Initiative. Die Staats- und Regierungschefs begrüßten den Abschlussbericht der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) über nachhaltige Transportwege zwischen Europa und Zentralasien, in dem das zentrale transkaspische Netz als nachhaltiges Verkehrsnetz benannt wurde.

Die Staats- und Regierungschefs bekundeten ihr Interesse an einer weiteren Auslotung von Möglichkeiten beiderseits nutzbringender Zusammenarbeit im Bereich der Migration. Mögliche Partnerschaften würden sowohl die Zusammenarbeit bei der regulären Migration als auch im Bereich der Rückübernahme beinhalten.

Der Bundeskanzler merkte an, dass Deutschland die Unterzeichnung einer Gemeinsamen Absichtserklärung mit Usbekistan und Kirgisistan begrüßt und einer Zusammenarbeit in diesem Bereich mit anderen Partnern erwartungsvoll entgegenseht. Ferner wies der Bundeskanzler darauf hin, dass Deutschland mit der bevorstehenden Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes mehr Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen und raschere Verfahren einführen wird.

Die Staats- und Regierungschefs erklärten ihre Bereitschaft, die Zusammenarbeit im Bereich der Berufsausbildung und Qualifikation von Humankapital weiter auszubauen.

Die Staats- und Regierungschefs unterstrichen, wie wichtig die Bekämpfung des Klimawandels und die Ergreifung von Maßnahmen zur Anpassung an seine Folgen ist, wie etwa in der deutschen Initiative „Green Central Asia“ vorgesehen, die den gemeinsamen deutschen Ansatz für die Anpassung an den Klimawandel in Zentralasien darstellt. Um in Zusammenarbeit mit ihren zentralasiatischen Partnern optimale Vorgehensweisen zu entwickeln, unterstützen deutsche Ministerien die wichtigsten Themenfelder mit verschiedenen Projekten in den Bereichen Wasserbewirtschaftung und Management von Klimarisiken, Energie, Landwirtschaft, aber auch entsprechende Berufsbildungsmaßnahmen, Forschung und grüne Wirtschaft. Diese Regionalprogramme sind Deutschlands Beitrag zur Team Europa-Initiative „Wasser, Energie, Klimawandel“ in Zentralasien. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten ihr Interesse an einer Stärkung gemeinsamer Aktivitäten zur vollständigen und effizienten Umsetzung der Verpflichtungen von Paris durch die Vertragsparteien.

Der Bundeskanzler begrüßte die Annahme des Regionalprogramms „Grüne Agenda für Zentralasien“, das auf eine Fortentwicklung gemeinsamer länderübergreifender Ansätze für die effiziente und sinnvolle Ressourcennutzung und auf die Milderung der Auswirkungen des Klimawandels abzielt, und erklärte seine Bereitschaft, dessen praktische Umsetzung zu unterstützen.

Der Bundeskanzler kündigte eine Initiative in Zusammenarbeit mit der EBWE an, mit der eine mehrere Geber und Partner umfassende Partnerschaft für Zentralasien gegründet werden soll, die sich mit regionalen Umwelt- und Klimafragen, etwa der nachhaltigen Wasser- und Landnutzung, der Erhaltung der Gletscher sowie der regionalen Energiezusammenarbeit, befassen wird. Durch die Verwirklichung regionaler und grenzüberschreitender Vorhaben könnte diese Partnerschaft auch zur Umsetzung der EU-Asien-Konnektivitätsstrategie beitragen.

Der Bundeskanzler erinnerte an die Beteiligung Deutschlands an den Projekten zur Verbesserung der effizienten und sinnvollen Nutzung von Wasserressourcen durch Einführung wassersparender Technologien sowie an Geberprojekte zur Bekämpfung und Minderung des Klimawandels sowie zum Aufbau diesbezüglicher Resilienz, darunter auch diejenigen im Rahmen des Internationalen Fonds zur Rettung des Aralsees (IFAS).

Die Staats- und Regierungschefs unterstrichen die Notwendigkeit des verstärkten Zusammenwirkens von Ideenwerkstätten mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Intensivierung der Kultur- und Bildungszusammenarbeit, auch im Bereich der Erforschung und Bewahrung von historischen und Kulturerbe-Stätten, der Stärkung der Beziehungen im Bereich der Hochschulbildung und des Wissenschaftsbetriebs durch den Austausch von Hochschulangehörigen und Forschenden, sowie der Förderung von Möglichkeiten der beruflichen Aus- und Fortbildung.

Die Staatschefs werden weiterhin den Deutschunterricht in den entsprechenden Bildungsinstitutionen des Partnerlandes unterstützen, z.B. durch Programme des Goethe-Instituts, dessen Sprachzentren und mehr als 50 PASCH-Schulen (Schulen: Partner der Zukunft). Insgesamt lernen mehr als 500.000 Schüler in der Region Deutsch.

Die Staats- und Regierungschefs erklärten ihre Bereitschaft, im Bereich Innovation und Technologie zusammenzuarbeiten, und unterstrichen, wie wichtig es ist, in die Entwicklung des Humankapitals zugunsten der allgemeinen Entwicklung und in die Umsetzung gemeinsamer innovativer Projekte zu investieren. Die Staats- und Regierungschefs wiesen darauf hin, wie wichtig es ist, die Zusammenarbeit im Bereich der biologischen Sicherheit auszuweiten und die Ausbreitung gefährlicher Infektionskrankheiten zu verhindern.

Auf der Grundlage des Umfangs und der Intensität ihrer Beziehungen kamen die Staats- und Regierungschefs Deutschlands und der fünf zentralasiatischen Staaten überein, eine Strategische Regionalpartnerschaft zwischen Deutschland und Zentralasien zu gründen. Sie stimmten darin überein, dass die bestehende Kooperation zwischen Deutschland und der Region gefestigt und aufgewertet werden soll, wobei vier Schwerpunkte im Mittelpunkt stehen:

- Wirtschaft, Energie und natürliche Ressourcen;
- regionale Zusammenarbeit und Resilienz;
- Klima und Umwelt;
- direkte Kontakte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern.

Die Staats- und Regierungschefs sind bestrebt, die bestehenden Formate und Plattformen auszubauen, und beabsichtigen, regelmäßige Konsultationen in diesen Bereichen auf Ebene leitender Beamter einzuführen.

Die Staatschefs der zentralasiatischen Staaten sprachen dem Bundeskanzler ihren Dank für die Organisation des Treffens in Berlin aus. Die Staats- und Regierungschefs kamen überein, weitere Kontakte zu fördern, und begrüßten den Vorschlag, das nächste Treffen der Staatschefs Zentralasiens und des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland 2024 in Zentralasien abzuhalten.